



Brauchst Göttingen eine neue Oberschule?

Die CDU-Fraktion im Rat der Stadt Göttingen hat einen weiteren politischen Vorstoß für die Einführung einer neuen Oberschule gewagt. Die Idee stößt bei den anderen Parteien nicht unbedingt auf Gegenliebe – und doch sehen alle Handlungsbedarf. Eine Bestandsaufnahme.

SYMBOLBILD: R

Von Markus Riese

Brauchst Göttingen eine weitere Oberschule? Diese Frage beschäftigt derzeit erneut die Mitglieder im Rat der Stadt Göttingen und in den entsprechenden Fachausschüssen. Die CDU-Fraktion hatte zur jüngsten Ratssitzung einen Antrag eingebracht, der darauf abzielte, das Schulangebot in der Stadt zu erweitern und um eine „Oberschule mit zwei Angebotsprofilen und integriertem Unterricht von Haupt- und Realschule“ zu ergänzen – wie sie es vor einem Jahr schon einmal versucht hatte. Damals hatte sie ihren Antrag allerdings zurückgezogen.

► Das will die CDU

Schon vor längerer Zeit hatte der Rat beschlossen, die Haupt- und Realschulen in Göttingen zu schließen beziehungsweise auslaufen zu lassen und nur noch Gymnasien und Gesamtschulen vorzuhalten. Damit ist Wibke Güntzler (CDU), die den Antrag im Rat vorgestellt hat, allerdings nicht einverstanden: „Haupt-, Real- und Gymnasiumsschüler zusammen zu beschulen, ist nicht immer pauschal gut“, beschreibt sie ihre Sicht der Dinge. Leistungsschwächere Schüler hätten inzwischen das Problem, eine für sie geeignete Schulform zu finden; die Gesamtschulen und die Gymnasien seien hier aus ihrer Sicht nicht die richtige Wahl. Diese Einschätzung teilt Olaf Feuerstein, der jüngst zum CDU-Fraktionsvorsitzenden gewählt worden war: „Es geht auch um eine individuelle Betreuung, wie sie derzeit zum Beispiel in der auslaufenden Heinrich-Heine-Schule noch vorgehalten wird“, er-

läutert Feuerstein. Diese habe mit 223 Schülern eine überschaubare Größe, sodass auch gezielter auf die Lernenden eingegangen werden könne.

Die CDU-Fraktion würde die Heinrich-Heine-Schule gern in eine Oberschule umwandeln – hat aber akzeptiert, dass es hierfür im Rat keine Mehrheit geben wird. Am Standort will sie die Diskussion aber nicht scheitern lassen und schlägt deshalb unter anderem das leerstehende Gebäude der Käthe-Kollwitz-Schule vor. Denn: „In der Bevölkerung und an den weiterführenden Schulen wächst der Unmut darüber, dass es schwierig geworden ist, alle Schüler in Göttingen angemessen zu verteilen“, will Güntzler beobachtet haben. In der Begründung des Ratsantrags verwies sie auch auf den Schulerternrat, der in Göttingen eine Unterversorgung leistungsschwächerer Schüler erkannt und die Politik schon im März 2017 mit einem Schreiben zum Handeln aufgefordert habe. Seitdem habe sich die Situation allerdings nicht verbessert.

Von der Idee einer Oberschule zeigten sich die anderen Parteien im Rat zunächst wenig begeistert. Sie unterstützten schließlich einen Änderungsantrag, den Ratsfrau Susanne Stobbe (Grüne) vorstellte und der darauf abzielt, grundsätzlich zu prüfen, in welchem Umfang und mit welchem Profil das Schulangebot in Göttingen erweitert werden muss. Im Prinzip herrscht also Einigkeit darüber, dass der Status Quo unbefriedigend ist.

► Das sagen die Grünen

„Wir brauchen generell zusätzliche Schulplätze in Göttingen, aber warum sich ein solches Angebot in ers-

ter Linie an die ‚leistungsschwächeren‘ Schülerinnen und Schüler richten soll, erschließt sich mir nicht“, sagt Stobbe. Eine Rückkehr zum dreigliedrigen Schulsystem in Göttingen lehne sie ab; es fehle vielmehr ein zusätzliches Angebot für Schüler mit unterschiedlichen Neigungen, Fähigkeiten und Begabungen. „Die schulische Praxis an den Gesamtschulen zeigt doch, dass durch gemeinsames Lernen alle Kinder profitieren, also leistungstärkere, leistungsschwächere und auch inklusiv beschulte Kinder. Eine Separierung nach dem Leistungsstand am Ende der 4. Klasse bremst die Entwicklungschancen der Kinder und ihrer Leistungspotenziale. Somit entspricht dies weder der Verbesserung der Chancengerechtigkeit noch der Abkoppelung der Bildungschancen von der ethnischen und sozialen Herkunft“, argumentiert Stobbe.

Allerdings nennt sie auch Aspekte, die für die Neugründung einer Oberschule sprechen würden – darunter die Entlastung der bestehenden Gesamtschulen. Die, ganz nebenbei, dann auch wieder dem Paragraphen 59 des Niedersächsischen Schulgesetzes (NSchG) entsprechen würden. Demnach sollen Gesamtschulen nämlich „ergänzende Schulform“ sein, nicht „ersetzende Schulform“, wie es derzeit in Göttingen der Fall ist. Das wiederum würde zu geänderten Aufnahmebedingungen an den Gesamtschulen führen, wie Stobbe erläutert: „Zur Zeit müssen alle Familien, die einen Platz an einer Gesamtschule anwählen, auch einen Platz erhalten. Diese Verpflichtung würde bei Gründung einer Oberschule von den Gesamtschulen auf die Oberschule überge-

hen. Es gäbe in Göttingen wieder freie Schulplätze für zuziehende und/oder abgeschulte Kinder von Gymnasien.“

► Das sagt die SPD

Die SPD-Fraktion hat sich mittlerweile für eine „duale Schule“ in Göttingen ausgesprochen und dies auch in Form einer Pressemitteilung kommuniziert. Auch die Sozialdemokraten unterstreichen, dass eine weitere Schule im Bereich der Sekundarstufe I – also eine weiterführende Schule ab der Klasse 5 – nötig sei. „Das Profil dieser neuen Schule muss die schon jetzt vielfältige Schullandschaft Göttingens sinnvoll ergänzen und den unterschiedlichen Orientierungen von Eltern und Schülerinnen und Schülern gerecht werden“, so Frauke Bury (SPD), die Vorsitzende des Schulausschusses.

Die SPD-Ratsfraktion ist der Ansicht, dass eine „duale Schule“ – und damit meint sie eine Schule mit einer starken Berufsorientierung – geeignet wäre, die vorhandene Lücke auszufüllen. Zentrale Elemente könnten demnach „intensive Kooperationen mit den Berufsbildenden Schulen“ sowie „umfangreiche Berufspraktika“ sein. Zugleich müsste diese Schule laut Bury auch so viel Förderung und Durchlässigkeit gewährleisten, dass für alle Schüler alle gewünschten Schulabschlüsse prinzipiell erreichbar wären.

► Das sagt die FDP

Auch Thorben Siepman, Sprecher für Kultur, Schule und Soziales der FDP-Fraktion, sieht einen Mehrbedarf an Schulangeboten: „Sowohl durch das Ende der Hauptschulen wie das perspektivische Auslaufen der Förderschulen entsteht in Göttingen eine Unterversorgung für leistungsschwächere Schüler, die nicht durch Gymnasien oder Gesamtschulen aufgefangen werden kann“, meint er. Das bestehende Angebot sei eine gute Basis, auf der aufgebaut werden müsse. Nur so könne der Mehrbedarf an Schulplätzen für lernschwächere Schüler gedeckt werden. „Zudem ist eine Vielzahl von konkurrierenden pädagogischen Konzepten ideal, um jedem einzelnen Kind die bestmögliche Bildung im Sinne der Chancengerechtigkeit zu ermöglichen“, so Siepman. Für eine Oberschule spreche, dass diese stärker auf die berufliche Orientierung ausgerichtet sei als eine Gesamtschule – was in Kooperation mit den Berufsbildenden Schulen ein „interessantes Angebot für eher handwerklich begabte Schülerinnen und Schüler“ darstellen könne. Die FDP halte allerdings nicht die Oberschule, sondern eine sogenannte Versuchsschule nach Paragraph 22 des NSchG für die interessanteste Variante. Aber Siepman sagt auch: „Als Freie Demokraten stehen wir für die Pluralität unseres Bildungssystems und sehen durch eine Oberschule grundsätzlich die Möglichkeit einer positiven Ergänzung der Göttinger Schullandschaft.“

► Das sagt die Linke

„Ein Mehrbedarf an Schulangeboten für leistungsschwächere Schüler ist dann nicht zu sehen, wenn die Gymnasien ihren Auftrag zur Beschulung von inklusiv zu beschulenden Schülern im gleichen Maße wie die Gesamtschulen wahrnehmen“, findet Rolf Ralle (Gö-Linke). Seine Partei halte längere Einführungskurse für nicht alphabetisierte Schülerinnen und Schüler für nötig, bevor diese in die Regelschulen der Sekundarstufe I übernommen werden. Dabei handle es sich aber nicht vorrangig um leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler. „Die Einführung einer zweigliedrigen Oberschule bedeutet eine erneute Einführung des dreigliedrigen Schulsystems, das vor wenigen Jahren von den Eltern in Göttingen abgewählt wurde. Diese Schulform widerspricht nach unserer Meinung eindeutig dem Auftrag nach inklusiver Beschulung“, so Ralle für die Ratsfraktion.

► Das sagen die Piraten und Die Partei

Die Piraten- und Partei-Ratsgruppe sieht derzeit keinen Mehrbedarf an Schulangeboten, wie Geschäftsführerin Lisa Balkenhol erklärt – allerdings „einen eindeutigen dringenden Mehrbedarf an qualifiziertem Lehrpersonal und Sozialpädagogen, um die geplante Inklusion umzusetzen, ganz unabhängig von der Schulform“. Im Bereich der Schulbegleitung und Integrationshilfe bestehe noch Handlungsbedarf. „Die Probleme sogenannter ‚leistungsschwächerer‘ Schüler sind vielfältig und können somit auch nicht allein von einer bestimmten Schulform gelöst werden, sondern sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die vor allem sozialpolitisch betrachtet werden muss“, meint Balkenhol. Schulausschuss-Mitglied Helena Arndt ergänzt: „Wir brauchen keine Schulform als ‚Resterampe‘, sondern eine zügige Umsetzung der Inklusion in allen Schulen und ein System, was größere Chancengleichheit bietet.“ Ein zweigliedriges System sei ein Zurück zum frühzeitigen „Aussortieren“ und laufe dem Inklusionsgedanken zuwider.

Was ist eigentlich eine Oberschule?

In Niedersachsen gibt es die Oberschule seit dem Schuljahr 2011/12. Sie ist seitdem im Niedersächsischen Schulgesetz verankert. Darin heißt es auch, dass die Integrierte Gesamtschule (IGS) nur als zusätzliches Angebot zulässig ist, das die Regelschulformen an einem Standort nicht vollständig ersetzen darf. Die Oberschule fasst Haupt- und Realschulen in einer Schulform zusammen –

was auch mit Gymnasialzweig möglich ist. Das Abitur kann an einer Oberschule aber nicht abgelegt werden; Oberschüler müssen dafür nach der 10. Klasse auf ein Gymnasium oder eine Gesamtschule wechseln. Nach Angaben des niedersächsischen Kultusministeriums ist das Ziel einer Oberschule, den Schülern „eine grundlegende, erweiterte oder vertiefte Allgemeinbildung zu vermitteln und

ihnen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit und ihren Neigungen eine individuelle Schwerpunktbildung zu ermöglichen“. Der Unterricht in Oberschulen kann schulzweig- oder jahrgangsbezogen erfolgen; ab der 9. Klasse soll der schulzweigspezifische Unterricht überwiegen. In den Jahrgangsstufen 9 und 10 sind dabei meist berufspraktische Schwerpunkte vorgesehen. *mr*



Beispiele: Oberschulen in der Region

In der Stadt Göttingen gibt es derzeit eine Oberschule, nämlich die christlich geprägte Bonifatiuschule II. Hier sollen Schüler Qualifikationen erwerben, „mit denen sie ihren Bildungsweg berufs-, aber auch studienbezogen fortsetzen können“, so das definierte Ziel der Schule. Zu ihren pädagogischen Grundsätzen gehören handwerkliche und technische Schwerpunkte. „Die Oberschule

bietet jedem Schüler die Chance, einen möglichst hohen Bildungsabschluss am Ende der Sekundarstufe I zu erreichen“, heißt es in einem Flyer der Schule am Hohen Hagen in Dransfeld. Diese Oberschule wirbt mit „offenen und durchlässigen Bildungswegen“ und kleinen Klassen. Die Carl-Friedrich-Gauß-Schule in Groß Schneen arbeitet eng mit den Göttinger Gymnasien zusam-

men, um Schülern einen unproblematischen Übergang zu ermöglichen. „Die Oberschule ist (...) nach den Gymnasien die Schulform, die am weitesten verbreitet ist. Unsere Oberschule mit Gymnasialzweig erfreut sich als ‚Schule in der Region - für die Region‘ großer Beliebtheit und Akzeptanz“, betont die Schulleitung auf der Internetseite der mehrfach prämierten Lehranstalt. *mr*